



SCHALLSCHUTZ AM BER

Die Umsetzung kommt nur
schleppend voran

> Seite 3



SPEZIAL: ENERGIEVERSORGUNG

Keine Zukunft für die
Braunkohleverstromung

> Seite 6 – 7



DIREKTE DEMOKRATIE

Der Fortschritt kommt im
Schneckentempo daher

> Seite 9

ENERGIE- WENDE JETZT



Beim Erscheinen der ersten Ausgabe 2012 ist unsere Fraktion schon wieder voll in Fahrt: Einige Dauerbrenner haben wir in das neue Jahr mitgenommen: Auch 2012 geht es uns um den Flughafen Berlin-Brandenburg (BER). Wir setzen uns weiter für ein konsequentes Nachtflugverbot und angemessenen Schutz für die vom Fluglärm betroffenen AnrainerInnen ein. Unverändert kämpfen wir für mehr LehrerInnen und damit für ein flächendeckendes, qualitativ hochwertiges Bildungsangebot. Besonders weit oben auf der aktuellen Agenda steht die Energiepolitik. Nachdem die Energiewende für ganz Deutschland ausgerufen wurde, geht es jetzt darum, die mittelfristige

Strategie für Brandenburg festzulegen. Wir wollen den Ausstieg aus der Braunkohle und nachprüfbar Ziele für den Weg zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien bis 2030.

Weitere aktuelle Themen sind ein Verbot von Bleimunition im Jagdgesetz, die Stasiüberprüfung der Abgeordneten und das neue Konzept für die Justizvollzugsanstalten. Mehr dazu erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Viel Spaß beim Lesen!

3 FRAGEN AN...

MICHAEL JUNGCLAUS



Warum sprechen Sie sich gegen den Entwurf der Landesregierung für die Energiestrategie 2030 aus?

Der Entwurf ist widersprüchlich. Zwar will die Landesregierung die erneuerbaren Energien ausbauen, gleichzeitig plant sie ein neues Kohlekraftwerk. Damit gibt sie die Klimaschutzziele der Energiestrategie 2020 auf. Für die rot-rote Regierung ist es wichtiger, die Braunkohleverstromung zu erhalten statt Treibhausgase zu vermindern. Sie setzt auf die CCS-Technik, die viele Bürgerinnen und Bürger ablehnen. CCS und Braunkohle leisten keinen Beitrag zur Energiewende, sondern zementieren die alten Strukturen.

Worauf kommt es der bündnisgrünen Fraktion an?

Wir brauchen eine Energiestrategie mit verbindlichen Zielen sowie festen Zeithorizonten für den Ausbau von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern. Auch im Sinne zukünftiger Generationen muss die Energieversorgung klimafreundlich, sicher und sozialverträglich sein.

Was sind die entscheidenden Schritte?

Der Schlüssel ist eine dezentrale Versorgung auf Basis der Erneuerbaren. Das will auch die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Die Politik muss die Rahmenbedingungen für die Akzeptanz von Wind- und Solaranlagen schaffen. Notwendig sind verbindliche Mindestabstandsregelungen zu bebauten Ortschaften von einem Kilometer. Weiterhin ist es wichtig, die Netze an die neuen Herausforderungen anzupassen. Mittelfristig müssen neue Speichertechniken, zum Beispiel auch nach dem Prinzip ‚power to gas‘, erprobt werden. In der Übergangszeit brauchen wir flexible Gaskraftwerke, welche die Schwankungen bei der Stromerzeugung aus Wind und Sonne ausgleichen können.

Michael Jungclaus ist energiepolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ERNEUERBARE BRINGEN AUFSCHWUNG

Der Ausstieg aus der Braunkohle und der stärkere Ausbau der erneuerbaren Energien sind nicht nur gut für das Klima, sondern auch für die regionale Wertschöpfung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Die aktuelle Energiestrategie der Landesregierung allerdings bremst die Entwicklung der Erneuerbaren aus. Die bündnisgrüne Fraktion hat ein Gutachten beauftragt, das untersucht, wie eine Vollversorgung mit Erneuerbaren von Brandenburg und Berlin ab 2030 möglich wäre.

Näheres auf www.gruenlink.de/6r6

KRITISCHER BLICK AUF LANDWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft in Brandenburg gilt zwar als erfolgreiches Geschäftsfeld, doch die Konsequenzen für regionale Wirtschaftskreisläufe oder die biologische Vielfalt bleiben oft unerwähnt. Die bündnisgrüne Fraktion hat die Problematik in einem eigenen Sammelband aufgegriffen. Interessierte können den Titel „Umbrüche auf märkischem Sand. Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit – Entwicklungen, Risiken, Perspektiven“ für 14,90 Euro plus Versand bestellen.



Näheres auf www.gruenlink.de/23o

NEUE STRATEGIE FÜR DEN NAHVERKEHR

In der zweiten Jahreshälfte werden bei der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) die Weichen für die nächsten vier Jahre gestellt. Wir stehen hier für eine quantitative und qualitative Verbesserung. Um vor Ort darüber zu diskutieren, wie der ÖPNV für die Zukunft fit zu machen ist, veranstaltet die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Frühjahr drei Regionalkonferenzen. Wir laden Fachleute sowie BürgerInnen ein, gemeinsam mit uns Vorschläge zu entwickeln.

Näheres auf www.gruenlink.de/6nr

FLUGHAFEN BER

SCHALLSCHUTZ VERZÖGERT SICH

Im vergangenen Dezember wurde nach einem Jahr Wartezeit unser Antrag für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr zusammen mit der Volksinitiative im Plenum behandelt. Zu unserem Bedauern fand der Wunsch eines erweiterten Nachtflugverbotes keine Mehrheit. Die Landtagsfraktionen von SPD und Linke begründeten ihre Ablehnung mit Wettbewerbsverzerrungen und einer notwendigen bundeseinheitlichen Regelung. Mit einem weiteren Entschließungsantrag haben wir diese Argumente aufgegriffen und gefordert, dass die Landesregierung eine Bundesratsinitiative startet, um weitreichendere Nachtflugbegrenzungen im Luftverkehrsgesetz zu verankern. Doch selbst ihrer eigenen Forderung haben SPD und Linke im Plenum nicht mehrheitlich zustimmen können, so dass auch dieser Antrag abgelehnt wurde.

Streit über Schutzniveau

Im Januar lag der Fokus auf der Umsetzung des Schallschutzprogramms. Unsere Kleine Anfrage hat ergeben, dass die Landesregierung bereits seit Mai 2011 wusste, dass die Flughafengesellschaft als Berechnungsgrundlage für den Schallschutz ein unzureichendes Schutzniveau anwendet. Geändert hieran hat sich bisher aber nichts. Aktuell streiten sich das Infrastrukturministerium und die Flughafengesellschaft über das korrekte Schutzniveau, bei welchem es aber gar keinen Interpretationsspielraum gibt. Auf unsere Frage, wie viele der versandten Kostenersatzvereinbarungen fehlerhaft seien, haben wir bisher keine Antwort erhalten.

Schadensersatz bei Verzögerung

Die Umsetzung des Schallschutzprogramms kommt nur sehr schleppend voran. Insgesamt gibt es etwa 25.500 Antragsberechtigte. Bisher haben nur rund 1.000 Wohneinheiten Schallschutzvorrichtungen erhalten. Eine korrekte Umsetzung aller Schallschutzmaßnahmen bis zur Eröffnung des Flughafens Anfang Juni scheint kaum noch realisierbar. Deshalb hat unsere Frak-

tion in einem Antrag gefordert, dass eine unabhängige Koordinierungsstelle das Schallschutzprogramm vollzieht. Sollten bis zur Inbetriebnahme nicht alle Schallschutzmaßnahmen umgesetzt sein, fordern wir bis zum Zeitpunkt der Realisierung die Zahlung von Schadensersatz an die Betroffenen. Nur so lässt sich die Durchführung beschleunigen. Den Betrag sollen VertreterInnen der Bürgerinitiativen und der betroffenen Gemeinden aushandeln. Unser Antrag liegt beim zuständigen Ausschuss. Und unabhängig davon, wie die Diskussion zum Nachtflugverbot verläuft: Ohne abgeschlossene Schallschutzmaßnahmen darf auf keinen Fall zwischen 22 bis 6 Uhr geflogen werden.

*Michael Jungclauss
Verkehrspolitischer Sprecher*



© Gewoldi - Fotolia.com

JUNGE LEHRERINNEN BRAUCHT DAS LAND

Im Wörterbuch hat das ‚Landeier‘ keinen Eintrag. Die Finnen finden ohne Probleme LehrerInnen für ländliche Regionen, dort hat das Landleben offensichtlich ein anderes Image. Uns fehlen sie, die Landeier, nicht nur im Wörterbuch. Nach Berechnungen des Bildungsministeriums brauchen wir jährlich rund 775 neue Lehrkräfte. Aber nur 450 machen an unseren Hochschulen ihren Abschluss. Werden junge Lehrkräfte aus anderen Ländern zu uns kommen und die Lücke füllen? Und wie begeistern wir sie für die ländlichen Regionen? Das wird nicht einfach, denn auch in Berlin und anderen Bundesländern liegt der Bedarf deutlich über den Ausbildungszahlen.

Ländlichen Regionen fehlen Lehrkräfte

Eine Studie der Kultusministerkonferenz attestiert bundesweit Unterversorgung – es fehlen mehrere tausend Lehrkräfte. Aber nicht nur die Anzahl ist wichtig, sondern auch Fächerkombinationen und Schulformen: Brandenburg braucht in den nächsten Jahren vor allem LehrerInnen für Primar- und Sekundarstufe I, aber die meisten Studierenden wählen Lehramt für das Gymnasium. Dieses Dilemma trifft die strukturschwachen Gebiete am heftigsten. Brandenburg nimmt in diesem Konkurrenzkampf – auch wegen des niedrigen Einstiegsgehaltes – keinen Spitzenplatz ein. Umgekehrt hängt die Attraktivität berlin-

ferner Regionen für Unternehmen in hohem Maße vom Schulangebot vor Ort ab. Gute Arbeitskräfte wollen gute Schulen für ihre Kinder.

Landschulen müssen attraktiv werden

Die Landesregierung verkennt den Ernst der Lage: Die sichere Versorgung des ländlichen Raums mit Lehrkräften ist weder ein Selbstläufer noch zum Nulltarif zu haben. Um einen Eindruck davon zu bekommen, an welchen Stellschrauben überhaupt zu drehen wäre, haben wir beim Leibniz-Institut für Regionalplanung in Erkner (IRS) die Studie „Möglichkeiten für eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften in Schulen peripherisierter Regionen Brandenburgs“ in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse zeigen, wie das Land, die Kommunen und Einzelschulen ihre Attraktivität für JunglehrerInnen erhöhen können. Das Land könnte zum Beispiel Schulen mehr Selbstständigkeit und bessere Beteiligung an der Personalauswahl gewähren. Kommu-

nen könnten Lehrkräfte besser willkommen heißen und sie offensiver ins gesellschaftliche Leben einbeziehen oder bei Wohnungs- bzw. Arbeitsplatzsuche für den/die PartnerIn unterstützen. Den Schulen wird vorgeschlagen, ihre Attraktivität durch ein klares Profil zu erhöhen sowie Willkommenskultur und kollegialen Austausch zu intensivieren.

Unser Antrag, die Vorschläge der IRS-Studie zu einem Modellprojekt zu bündeln, fand keine Mehrheit im Landtag. Sie werden dennoch in die politische Praxis der nächsten Jahre Eingang finden. Die drei angesprochenen Ebenen werden sich künftig besser vernetzen und – vielleicht im Rahmen kommunaler Bildungslandschaften – gemeinsame Strategien zur LehrerInnengewinnung entwickeln. Das gilt für Stadthasen wie für Landeier.

*Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin*

Näheres auf www.gruenlink.de/5jq



© Stefan Merkle - Fotolia.com

MEILENSTEIN AUF DEM WEG ZUR TRANSPARENZ

Brandenburg hat die rote Laterne abgegeben. 15 Jahre lang war das Parlament bei der Offenlegung von Stasi-Belastungen seiner Abgeordneten Schlusslicht im Osten. Das hat nun ein Ende. Angestoßen durch eine bündnisgrüne Initiative verpflichtete sich der Landtag vor zwei Jahren zur Überprüfung aller Volksvertreterinnen und Volksvertreter. Seit Januar liegt der Bericht der einstimmig eingesetzten Kommission vor. Erstmals kann sich die Öffentlichkeit ein Bild vom Wirken stasibelasteter Mitglieder des Landtages machen.

Kommission veröffentlicht Bericht

Das Ergebnis des von einer vierköpfigen Expertenkommission unter Vorsitz von Ulrike Poppe erstellten Berichtes ist ernüchternd. Bei sechs Abgeordneten der Linken gibt es Belege für eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – Zahlen, die bundesweit ihresgleichen suchen. Jetzt liegt es an den Betroffenen und an der Linken, sich der Diskussion zu stellen und die Frage nach Konsequenzen zu beantworten. Eine aktuelle Umfrage zeigt: Drei Viertel aller Brandenburgerinnen und Brandenburger wollen keine ehemaligen MfS-Mitarbeiter in der Politik. Unsere Fraktion teilt eine solch kompromisslose Forderung nicht. Wir sind überzeugt, dass bei der Beurteilung von Biografien immer ein ganzheitlicher Blick auf die Person notwendig ist, dass nicht jeder Fall gleich schwer wiegt.

Gefragt ist Offenheit

Aber wir fordern von jedem betroffenen Landtagsmitglied einen ehrlichen Umgang mit seiner Vergangenheit. Noch besser wäre es, auf die Opfer zuzugehen, eigene Fehler zu benennen und den Unrechtscharakter des SED-Staats öffentlich einzugestehen. Hier bleibt einiges zu tun: Wenn der frühere Stasi-Mitarbeiter und jetzige Abgeordnete Axel Henschke noch heute unter Verweis auf seinen Treueeid Auskünfte verweigert, dann stellt sich die Frage



nach seinem Verständnis von Rechtsstaat und Demokratie. Wenn Gerlinde Stobrawa ihr Wirken für das MfS bagatellisiert, offenbart sie ein ungeklärtes Verhältnis zu ihrer Vergangenheit. Wenn Kerstin Kaiser einen Frontalangriff auf die Kommission fährt, zeugt dies von wenig Bereitschaft, Kritik anzunehmen.

Die CDU legte einen Antrag vor, der Allgemeinplätze bot und allen belasteten Abgeordneten zudem den richtigen Umgang mit ihrer Vergangenheit bescheinigte. SPD und Linke, einschließlich der früheren Inoffiziellen MitarbeiterInnen, zeichneten diese Generalabsolution gerne mit. Wir konnten uns diesem Harmoniepapier nicht anschließen. Wir sind überzeugt, dass nach dieser Überprüfung die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft besser wissen, wen sie wählen. So kann im nächsten Wahljahr 2014 eine weniger belastete Volksvertretung entstehen. Der Versuch von KandidatInnen, über eine Vergangenheit im Dienst des MfS hinwegzutäuschen, ist dann jedenfalls zum Scheitern verurteilt.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

Näheres auf www.gruenlink.de/6jl

ENERGIESTRATEGIE 2030

KEINE ZUKUNFT FÜR DIE BRAUNKOHLE

Anfang Januar hat die Landesregierung nach über eineinhalb Jahren Wartezeit ihren Entwurf einer Energiestrategie 2030 vorgestellt. Das Papier enttäuscht, denn es fehlt ihm an Lösungen. Die Landesregierung lässt die Zusammensetzung des zukünftigen Energiemixes weitestgehend offen. Sie räumt zwar dem Ausbau der erneuerbaren Energien Vorrang ein, gleichzeitig favorisiert sie den Bau eines neuen Kohlekraftwerkes in Jämschwalde. Die Landesregierung geht zudem fahrlässig davon aus, dass innerhalb der nächsten Jahrzehnte die CCS-Technologie zum Einsatz kommt. Dann soll das anfallende Kohlendioxid (CO₂) via Pipeline zur Nordsee befördert und dort verpresst werden. In einer Anhörung am 8. Februar haben ExpertInnen deutlich gemacht, dass dieses Szenario technisch, planerisch und finanziell absolut unrealistisch ist.

Generationengerechtigkeit stärken

Das neue Konzept der Landesregierung gibt die selbst gesteckten Ziele der Energiestrategie 2020 auf. Bis 2030 soll der jährliche CO₂-Ausstoß von heute 25 Millionen Tonnen lediglich auf 22,8 Millionen Tonnen reduziert werden. Die Landesregierung passt die Klimaschutzziele an den geplanten Kraftwerkspark an. Unserer Meinung nach müssen sich die Planungen an die Klimaschutzziele anpassen und nicht anders herum. Die Landesregierung setzt auf zwei unvereinbare Strukturen: zentrale,



© jarts - photocase.com

unflexible Kohlekraftwerke und dezentrale, volatile erneuerbare Energien. Kohlekraftwerke sind technisch jedoch nur sehr beschränkt in der Lage, schnell auf die sich verändernde Einspeisung der Erneuerbaren zu reagieren. Zudem bleibt völlig unklar, welche Preiserhöhungen sich für Verbraucherinnen und Verbraucher ergäben, wenn bei den Erzeugungskosten des Braunkohlestroms neben dem Emissionshandel die CCS-Technologie mit Pipeline-Infrastruktur eingerechnet werden müsste.

Braunkohleausstieg jetzt vorbereiten

Unsere Fraktion fordert daher ein Leitszenario 2030, das an den bisherigen Klimaschutzziele festhält und ohne neue

Braunkohlekraftwerke und Tagebaue auskommt. Jetzt ist die Chance, die richtigen Weichen zu stellen und Brandenburgs Vorreiterrolle bei der Energiewende auszubauen. Um die rot-rote Landesregierung hierbei zu unterstützen, haben wir eine eigene Studie beauftragt. Sie wird klären, welche Ausbauziele und Maßnahmen notwendig sind, um eine Vollversorgung aus erneuerbaren Energien rund um die Uhr in Berlin und Brandenburg zu gewährleisten. Neben der Stromversorgung werden wir auch das Thema Wärme stärker in den Fokus rücken.

*Michael Jungclaus
Energiepolitischer Sprecher*

NETZAUSBAU UNTER DIE ERDE

Der Ausbau der Erneuerbaren könnte bei uns bis zu 600 Kilometer neue Leitungen für das 380-Kilovolt-Netz und 1.500 Kilometer für das 110-kV-Netz notwendig machen. Dies bringt vermeidbare Konflikte mit sich. Wir hatten daher bereits 2010 einen Gesetzentwurf zur Erdverkabelung von Hochspannungsleitungen bis 110 kV und eine Teilverkabelung von Höchstspannungsleitungen (380 kV) in sensiblen Gebieten eingebracht. Damit wurde die Landesregierung auf Trab gebracht und im Bundesrat aktiv, gleichzeitig engagierte sich die grüne Bundestagsfraktion. Mit Erfolg: Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz des Bundes schreibt vor, dass 110-kV-Hochspannungsleitungen grundsätzlich als Erdkabel zu realisieren sind. Dies gilt für alle geplanten 1.500 Kilometer Übertragungsleitungen in Brandenburg. Doch es gibt auch Schlupflöcher: Erdkabel dürfen nicht mehr als das 2,75-Fache einer Freileitung kosten. Außerdem können Freileitungen genehmigt werden, wenn keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Diese Lücken müssen geschlossen werden. Unser Bemühen zur Teilverkabelung von Höchstspannungsleitungen hatte keinen Erfolg. Deren Erdverkabelung ist zwar prinzipiell möglich, aber technisch aufwendiger und teurer. Bisher scheiterten auch Initiativen, die kurz vor dem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens stehende Uckermarkleitung als ein Pilotprojekt in das Energieleitungsausbaugesetz aufzunehmen, an der Bundesregierung. Wir bleiben dran.



Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

DER ATOMKRAFT GRENZEN SETZEN

Als wären Tschernobyl und Fukushima nie passiert, will die polnische Regierung jetzt ein Atomenergieprogramm starten. Bereits Ende 2011 hatte sich der Landtag grundsätzlich gegen Atomkraftwerke (AKW) auch bei unseren Nachbarn ausgesprochen. Nun lagen die konkreten Pläne zur Stellungnahme vor. Gemeinsam mit den bündnisgrünen Fraktionen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben wir ein Fachgutachten zu den polnischen Plänen erarbeiten lassen. Das Ergebnis ist erschreckend: Die Risiken der Atomenergie werden in der polnischen Planung konsequent verharmlost. So geht die polnische Regierung davon aus, dass schwerwiegende Havarien nur einmal pro eine Million Jahre passieren. Im Falle eines GAUs soll es genügen, den Menschen innerhalb eines Radius von bis zu drei Kilometern um ein AKW, je nach örtlichen Witterungsverhältnissen, Kaliumjodidtabletten zu verabreichen. Von den einzelnen AKW seien zudem nur Menschen bis zu einer Entfernung von 92 Kilometern betroffen. Im Gegensatz zu den AKW stellten Windenergieanlagen eine große Umweltbelastung dar.

Polen verstößt mit seinen Plänen gleich mehrfach gegen EU-Recht. Deshalb haben wir nicht nur beim polnischen Wirtschaftsministerium Widerspruch eingelegt, sondern auch die EU-Kommission zum Handeln aufgefordert. Denn alle EU-Staaten müssen Vereinbarungen und Vorgaben der Union einhalten, zum Beispiel die Ziele für den Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung oder für die Senkung des Ausstoßes von Kohlendioxid. Radioaktive Strahlung hält sich nicht an Grenzen, deshalb müssen wir den Strahlenquellen Grenzen setzen. Polen sollte dazu jede Unterstützung für den Einstieg in die Erneuerbaren erhalten. Denn für eine zukunftsfähige Energieversorgung ist es nicht notwendig, in die atomare Hochrisikotechnologie einzusteigen.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

Näheres auf www.gruenlink.de/6ks

IM PORTRAIT

SVENJA SCHÜNEMANN:
EIN HERZ FÜR DIE NATUR

Mit dem Fahrrad fährt Svenja Schünemann jeden Tag von der Potsdamer Innenstadt zum Landtag. „Da kommt man morgens so richtig in Schwung“, sagt die 30-jährige Referentin für Umwelt, Energie und Landwirtschaft. Mit viel Elan geht sie an ihre umfangreichen Aufgaben: Sie schreibt Anträge und Anfragen, bereitet Ausschuss- und Plenarsitzungen vor und recherchiert Informationen. Auf der Agenda steht zum Beispiel die Novelle des Landesnaturschutzgesetzes. „Besonders für Brandenburg mit seinen vielen Schutzgebieten ist das ein ganz wichtiges Thema“, so die Umweltwissenschaftlerin, die in ihrer Freizeit gern die Naturlandschaften der Mark mit dem Fahrrad erkundet.

Von der Heide ins Hochmoor

Natur- und Umweltschutz ist für Svenja schon immer wichtig gewesen. Nach dem Abitur verließ sie ihr Heimatdorf im Hamburger Umland, um ihr Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) in Oberschwaben zu machen. In einem der bedeutendsten Hochmoorgebiete Deutschlands, dem Wurzacher Ried, arbeitete sie im Naturschutzzentrum. Sie führte die BesucherInnen durch das Moor und organisierte spezielle Angebote für Kinder. „Damals war mir bereits klar, dass ich beruflich in der



grünen Branche arbeiten möchte“, blickt Svenja zurück. „Das FÖJ hat mich bei diesem Entschluss nur noch bestärkt.“

**Umweltwissenschaften in Lüneburg,
Ecuador und Brandenburg**

Für das Studium der Umweltwissenschaften ging sie an die Universität Lüneburg. Praktische Erfahrungen sammelte sie unter anderem auf Norderney bei der Forschungsstelle Küste und im ecuadorianischen Regenwald. Dort arbeitete sie für eine biologischen Station und setzte sich für die Wiederaufforstung von Sekundär-

regenwald ein. Der erste Job in einem Umweltplanungsbüro brachte sie 2007 schließlich nach Brandenburg. Damals arbeitete sie an Umweltverträglichkeitsstudien für Straßenbau- und Kraftwerksprojekte. „Für diese Vorhaben waren die

politischen Entscheidungen in der Regel schon gefallen“, erinnert sich Svenja. „Das Tolle an meiner jetzigen Arbeit ist, dass ich mitten im politischen Prozess bin.“

Aktuell beschäftigt sich Svenja mit der Energiestrategie des Landes. Sie betreut die Erstellung eines Gutachtens zu diesem Thema. Weiterhin organisiert sie eine Veranstaltung, auf welcher die Ergebnisse der Öffentlichkeit

vorgelegt und diskutiert werden sollen. Von ihrem Schreibtisch aus plant sie das Veranstaltungsprogramm, telefoniert mit AnsprechpartnerInnen vor Ort und schreibt Texte. „Diese Mischung von inhaltlicher und organisatorischer Arbeit macht für mich den Reiz aus“, so die junge Referentin. Nach einem vollen Arbeitstag fährt sie vom Brauhausberg mit ihrem Rad hinunter in den Feierabend. Ihr Weg führt vorbei am Neubau des Stadtschlusses, gleich rechts hinter der Langen Brücke. Im Herbst 2013 werden hier das Landesparlament und die grüne Landtagsfraktion einziehen.

DER FORTSCHRITT KOMMT ALS SCHNECKE DAHER

Das Fazit des Vereins „Mehr Demokratie“ war deutlich: In einem bundesweiten Vergleich direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten erhielt Brandenburg ein „mangelhaft“ und landete auf Platz 13. Seit 1990 fanden in unserem dreistufigen Volksgesetzgebungsprozess 28 Volksinitiativen und acht Volksbegehren statt – ein Verfahren läuft noch. Bisher kamen in keinem Volksbegehren die erforderlichen 80.000 Unterschriften zusammen. Noch nie kam es zum Volksentscheid. Dies liegt nicht am Desinteresse der Bevölkerung oder an Demokratiemüdigkeit. Wenn bei uns spätestens auf der zweiten Stufe der direkten Demokratie Schluss ist, liegt es daran, dass beim Volksbegehren die Unterschrift nur auf dem Amt möglich und die freie Unterschriftensammlung verboten ist.

Direkte Demokratie wird ausgebremst

Unsere Fraktion hat 2011 Gesetzentwürfe vorgelegt, welche die direkte Demokratie substantiell gestärkt hätten: Freie Unterschriftensammlung, weitgehende Aufhebung des Themenausschlusskataloges, die Streichung des Zustimmungsquorums beim einfachgesetzlichen Volksentscheid, Senkung des Quorums beim verfassungsändernden Volksentscheid, erleichterte Synchronisation von Wahlen und Abstimmungen, Verlängerung der Sammelperiode und Versand von Informationsbroschüren beim Volksentscheid. Brandenburg hätte seine rote Laterne in Sachen direkter Demokratie unter den ostdeutschen Ländern loswerden können. Doch diese Chance wurde nicht genutzt. Eine Reform mit Anspruch scheiterte an der Blockade der SPD.

Bis jetzt nur Minimalkompromiss

In dem von den Koalitionsfraktionen im Januar präsentierten und letztlich beschlossenen Minimalkompromiss kommt der Fortschritt als Schnecke daher. Die Regelung, bei Bedarf weitere Abstimmungsräume in Kitas, Sparkassen oder Bibliotheken zu öffnen, ist

umständlich und willküranfällig. Die Verlängerung der Eintragsfrist und die neue Briefwahloption sind eher zaghafte Reformchen. Um für die BrandenburgerInnen spürbare Fortschritte bei der direkten Demokratie zu bringen, hätte es zumindest der freien Unterschriftensammlung zusätzlich zum Amtseintrag bedurft. Dem zuzustimmen, was aus unseren Initiativen gemacht wurde, ist uns nicht leicht gefallen. Da aber viele Bürgerinnen und Bürger auf minimale Verbesserungen warten, wäre Enthaltung das falsche Signal gewesen. Die Debatte um die direkte Demokratie ist damit noch nicht beendet. Die Bundes-SPD hat dies erkannt, die Brandenburger SozialdemokratInnen sind noch nicht soweit.

*Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin*



© Christian Schwier - Fotolia.com

SCHLAMPEREI IM SYSTEM

Nach 16 Sitzungen des Untersuchungsausschusses zur Immobilienaffäre, landläufig als Krampnitzausschuss bezeichnet, lässt sich eine erste Zwischenbilanz zum Umgang mit landeseigenen Immobilien durch die Brandenburger Bodengesellschaft (BBG) ziehen: Die Strukturen zur Vermarktung von Landesflächen kann man als organisierte Verantwortungslosigkeit bezeichnen. So hat das aufsichtsführende Finanzministerium unhinterfragt allen Versicherungen der BBG geglaubt, die wiederum ein nur marginales Projekt-Controlling ausübte.

Krampnitz: Land über Monate hinweg getäuscht

Für die Krampnitz-Immobilie ist nun klar, dass Finanzministerium und Landtag über Monate hinweg über den Käufer getäuscht wurden. Der unzutreffend als Käufer benannte dänische Familienbetrieb Thylander war keine finanzkräftige Holding und zudem auch nie zuvor als Entwickler und Bau-träger für derartige Großprojekte aufgetreten. Der Zuschlag ging zum Schnäppchenpreis an mehrere unterkapitalisierte Gesellschaften, für die keine Bonitätsprüfung erfolgte. Dem Finanzministerium war all das nicht aufgefallen. Beim frap-panten Werteverfall einer Immobilie in Bad Saarow hat der Ausschuss erst mit der Aufarbeitung begonnen: Als die Gemein-de das Areal 1997 vom Land erwerben wollte, wurde es noch auf 1,5 Millionen Euro geschätzt. Erstanden hat es keine zehn Jahre später ein Käufer mit Verbindungen zur BBG für 41.000 Euro. Hier gibt es noch viele Fragezeichen.

Neben der Prüfung konkreter Immobiliengeschäfte soll der im Oktober 2010 eingesetzte Ausschuss die Privatisierung der BBG untersuchen und klären, ob Regierungsmitglieder über die Begünstigung potenzieller GeldgeberInnen deren Spon-soring und Spenden an Sportvereine beeinflusst haben.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

SCHULE IN FREIHEIT ABGELEHNT

I m Januar hat das Plenum des Landtags die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ abgelehnt. Zwar werden sich die Gerichte noch mit einer Normenkontrollklage beschäftigen, doch vorerst gibt es keine Mittel im Haushalt 2012.



Öffentlich wurde die Initiative meist verkürzt als das Aufbegehren gegen Sparmaßnahmen bei den Schulen in freier Trägerschaft wahrgenommen. Die AkteurInnen wollten aber auch mehr Selbstständigkeit für die staatlichen Schulen in den Bereichen Personal, Kommunikation, Fortbildung und Ausstattung. Nicht alle Schul-ämter beteiligen Schulleitungen optimal an Neueinstellungen und insbesondere kleinere Schulen brauchen dringend Unterstützung bei den Verwaltungsaufgaben, um freiere Hand für pädagogische Entwicklung zu haben. Und dass Schulen nicht einmal ein eigenes Konto haben dürfen, mutet an wie eine Geschichte von einem fremden Stern. Gleichzeitig nutzen viele Schulen den theoretisch möglichen Spielraum nicht aus. Sich aber deshalb einer Erweiterung zu verweigern, ist falsch: Wenn ein jahrelang eingesperrtes wildes Tier nichts mit einer offenen Käfigtür anzufangen weiß, dann ist es abstrus zu schlussfolgern, man könne wilde Tiere ruhig einsperren. Nein, mit Freiheiten umzugehen, muss gelernt werden. Das wollen wir auch künftig unterstützen, damit es dem Schul-versuch für selbstständige Schulen, MoSeS, nicht geht wie dem biblischen Moses: Er konnte das gelobte Land zwar aus der Ferne sehen, aber nie erreichen.

Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin

DIE ZUKUNFT DES STRAFVOLLZUGS

Brandenburg hat sechs Gefängnisse an sieben Standorten: Luckau-Duben als einzige Anstalt für Frauen, die Außenstelle Spremberg, Neuruppin-Wulkow, Brandenburg a. d. Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Wriezen als Haftanstalt für Jugendliche. Außerdem gibt es eine Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen. Hier ist wegen des nicht akzeptablen Zustandes ein Neubau geplant.

Sparziele scheinen wichtiger als funktionierender Strafvollzug

In der Sitzung des Rechtsausschusses am 8. Dezember 2011 wurden wir vom Justizminister darüber informiert, dass die Justizvollzugsanstalt (JVA) Frankfurt (Oder) in eine Außenstelle der JVA Cottbus umgewandelt und langfristig geschlossen werden soll. Allerdings will Justizminister Schöneburg das Konzept für die Haftanstalten erst noch diskutieren, es sei „nicht in Stein gemeißelt“. Für die Zukunft stehen wir vor der Aufgabe, Einsparungen im Strafvollzug durchzuführen, ohne allerdings die Resozialisierung zu vernachlässigen.

Grundsätzlich sehen wir das Einsparpotenzial eher in der Schließung einzelner Haft Häuser im Süden Brandenburgs, da der Landgerichtsbezirk Frankfurt (Oder) sonst gar keine eigene Haftanstalt mehr besäße.

Und es gibt weitere Probleme: Wir sehen uns mit Plänen der Landesregierung konfrontiert, die ein Personaleinsparungskonzept vorgelegt hat, ohne die Aufgaben des Personals genau zu qualifizieren. Bis 2015 will das Land 179 Stellen im Justizvollzug einsparen. Unser im Juni 2011 gestellter Antrag (mit CDU und FDP) zur Erarbeitung eines Strafvollzugsgesetzes mit genauen Kriterien zur Resozialisierung wurde abgelehnt. Trotz Ankündigung legte die Landesregierung bisher keinen eigenen Gesetzentwurf vor.

Mehr Aufgaben für die Strafvollzugsbediensteten

Auch die in der Arbeitsgruppe von zehn Bundesländern entstandenen Eckpunkte zum Strafvollzugsgesetz (August 2011) verdeutlichen den unserer Ansicht nach unabdingbaren Anspruch der Behandlung von Gefangenen über deren einklagbare Rechte hinaus. Eine qualitativ gute Resozialisierung hilft, die Rückfallquote bei den Gefangenen zu senken. Doch auch unabhängig von unseren Ansprüchen an Resozialisierung vom ersten Hafttag an, ist es heute schon so, dass sich der Aufgabenbereich von Justizvollzugsbediensteten erweitert hat. Den Angestellten im Justizvollzug obliegt nunmehr auch der Gefangentransport. Da im Polizeibereich Personal eingespart wurde, ist diese Aufgabenzuteilung verständlich, muss aber in Personalplanungen einbezogen werden. Wir fordern weiterhin vom Justizminister die Offenlegung des Personalbedarfsberechnungssystems, denn nur so können wir die Haushaltsplanungen nachvollziehen und Änderungsanträge erarbeiten.

Sabine Niels
Rechtspolitische Sprecherin



Näheres auf www.gruenlink.de/6n2

HORRIDO FÜR BLEIFREIE JAGD

Jährlich werden in Deutschland bei der Jagd 30 Tonnen Bleimunition verschossen, obwohl Blei ein schon in kleinsten Dosen giftiges Schwermetall ist. Das Bundesamt für Risikoforschung rät Schwangeren und Kindern seit September 2010, kein Wild zu essen, das mit Bleimunition erlegt wurde. Denn schon eine geringe Bleiaufnahme kann zu Gesundheitsschäden führen. Zudem werden seit Jahren regelmäßig Seeadler aufgefunden, die nachweislich an Bleivergiftung verendet sind, weil sie Aas von mit Blei erlegtem Wild gefressen haben. Andere Länder wie Großbritannien, Schweden oder der US-Bundesstaat Kalifornien haben die Verwendung von Bleimunition längst vollständig verboten. In Brandenburg besteht ab dem 1.4.2013 ein generelles Verbot von Bleimunition nur für den Wald im Landesbesitz. Das ist aus unserer Sicht nicht konsequent, weshalb wir mit der Gesetzesvorlage zur Änderung des Jagd-

gesetzes ein schnelles vollständiges Verbot für bleihaltige Jagdmunition forderten.

Denn als Alternative zur Bleimunition stehen zahlreiche hochwertige und effektive bleifreie Geschosse zum Beispiel aus Kupfer zur Verfügung, die erheblich weniger gesundheitsschädlich sind. Obwohl alle Fraktionen in der Landtagsdebatte unsere Kritik an bleihaltiger Munition teilten, wurde der Antrag noch nicht einmal zwecks Beratung in den Ausschuss überwiesen. Stattdessen will der Landtag erst die Ergebnisse weiterer Untersuchungen abwarten. Damit bleiben GenießerInnen von mit Blei erlegtem Wild und das Wappentier Brandenburgs weiterhin gefährdet.

Näheres auf www.gruenlink.de/667

Sabine Niels
Landwirtschaftspolitische Sprecherin

PUBLIKATIONEN



Sie haben Interesse an einer unserer Publikationen oder wollen brandGRÜN abonnieren?

Schreiben Sie uns eine E-Mail an: info@gruene-fraktion.brandenburg.de

Auf unserer Webseite finden Sie alle Publikationen als Download: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/publikationen/



TERMINE

- **Fachgespräch „Inklusive Schule in Elbe-Elster: Ein weiter Weg?“**
Montag, 12. März 2012, 18–20 Uhr; Elsterwerda
- **Regionalkonferenz zum ÖPNV**
Dienstag, 27. März 2012; Velten
- **Regionalkonferenz zum ÖPNV**
Mittwoch, 18. April 2012; Strausberg
- **Fachtagung zur Energie-Studie der Fraktion**
Freitag, 20. April 2012, 14–18 Uhr; Cottbus
- **Zukunftstag für Mädchen und Jungen**
Donnerstag, 26. April 2012;
Brandenburger Landtag,
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam

Weitere Informationen zu unseren Fraktionsveranstaltungen 2012:

www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
Tel. 0331 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbingер
Textredaktion: Alena Müller
Bildredaktion: Franziska Petruschke
Titelbild: © K.F.L. - Fotolia.com
Satz und Layout: ZITRUSBLAU,
Berlin, Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG